

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. des 10. Januar 1928 bei täglich einmaliger Auslieferung von Haus 1.40 Mk. (Postzusatz für Monat Januar 1 Mark ohne Postzusatzgebühren).
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet die einseitige 4. mm breite Zeile zu 1000, für spätere 4000, für Familienanzeigen und Zielanzeigen ohne Rabatt zu 1500, außerhalb zu 2000, die zu 3 mm breite Reklamette zu 1000, außerhalb zu 1500. Oberhalb 10000. Zusam. Beiträge gegen Vorabzahlung.

Schriftleitung und Druckerei:
 Marienstraße 38 42
 Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden
 Postfach-Rote 1068 Dresden

Konditorei Limberg
 Prager Straße 10
Erstklassige Gebäcke u. Getränke
 Große Auswahl in Zeitungen

Hupfeld Phonola
 Tri-Phonola
 Waisenhausstraße 24 Rönischsaal
 Vorführung unverdächtig

Fasten-Brezeln
 täglich dreimal frisch
 Mehl-, Schaum-, Kammal- und Münchener Bier-Brezeln in bekannter Güte
Konditorei und Feinbäcker Beger
 Dresden-A., „nur“ Gr. Brüdergasse 13 - Fernspr. 7765

Grundfällige Rede des Grafen Westarp.

Die Aussprache über den Justizhaushalt. — Rechenschaftslegung des Reichsarbeitsministers.

Der Haushaltskonflikt zwischen Reichsregierung und Reichsrat.

Der Reichsrat ist in der Weimarer Verfassung als Bollwerk gegen eine zu ergiebige Ausgabenfreudigkeit des Reichstages gedacht. Das ergibt sich aus Artikel 85, Abs. 4, wo es heißt, daß der Reichsrat im Entwurf des Haushaltsplanes ohne Zustimmung des Reichsrates Ausgaben nicht erhöhen oder neu einlegen kann. Im Widerspruch mit der verfassungsmäßigen Zweckbestimmung, die dem Reichsrate die Aufgabe eines Sparsfaktors zuweist, hat diese Körperschaft bei der Beratung des Reichshaushaltes 1927/28 eine geradezu offensichtliche Willkür bei der Erhöhung der Ausgaben zur Schau getragen, woraus dann ein Finanzkonflikt mit der Reichsregierung entbrannt ist, die an ihrem Sparprinzip unerschütterlich festhält und alle vom Reichsrat angenommenen Erhöhungen der Ausgaben kategorisch ablehnt. Die Mehrzahl der Reichsratsmitglieder beschränken sich insbesondere auf die Bekämpfung des Alkoholluxus, auf die östlichen und westlichen Grenzgebiete, auf die Förderung der Ausfuhr durch Messen und Ausschreibungen und auf den Ausbau von Wasserstraßen. Die Millionen, die zur Deckung der vom Reichsrat beschlossenen Mehrausgaben erforderlich sind, sollen, seinen Vorschlägen gemäß, aus den im Haushaltsbetrage entsprechend erhöhten Ueberschüssen des Jahres 1927 entnommen werden. Außerdem hat der Reichsrat an den Ausgaben der Reichsregierung verschiedene empfindliche Abstriche vorgenommen, von denen im Ratshaushalt durch die Streichung der ersten Rate für den Neubau eines Panzerschiffes und im Haushalts des Finanzministeriums durch die Befreiung einer Anzahl von Einkünften für Finanzamtsneubauten.

Die Reichsregierung hat keineswegs sofort gegen die Reklamationen und Abstriche im Reichshaushalt Einspruch erhoben und nunmehr in einer eingehenden Darlegung ihre ablehnende Stellungnahme begründet. Manche der Reklamationen werden mit der lakonischen Bemerkung abgetan, daß die knappe Finanzlage, ein Hindernis für die Ausführung des Entwurfs nicht gelte. Zum Teil aber wird eine ausführliche Erläuterung des Regierungspunktes gegeben, die vielfach erhebliches allgemeines Interesse bietet. Das ist insbesondere der Fall, soweit die Grenzgebiete, die Finanzamtsneubauten und der Erlaß eines veralteten Panzerschiffes in Betracht kommen. Der Reichsrat will außer dem in Entwürfen ausgeworfenen Krediten für Ostpreußen noch ein ganzes Bündel von Millionen für die übrigen Grenzgebiete im Osten und Westen ausschütten. Demgegenüber ist die Reichsregierung der Auffassung, daß die Lage Ostpreußens eine bevorzugte, beschleunigte und möglichst umfassende Hilfe erfordert. Sie verkennt keineswegs, daß auch in den übrigen Grenzgebieten des Reiches Notstände vorhanden sind, glaubt aber, daß die Sanierung der am meisten gefährdeten Provinz Ostpreußen die unbedingt vorrangige Aufgabe bildet, für deren Lösung die zurzeit verfügbaren Mittel ausschließlich eingesetzt werden müssen. Diesem Standpunkte wird man unbedingt beipflichten, wenigstens wenn man als Deutscher begriffen, daß die Provinz Ostpreußen kein Grenzgebiet im gewöhnlichen Wortsinne darstellt, sondern daß ihre Lage deswegen eine ganz besondere ist, weil die Abtrennung dieses Kernstückes der Ostmark vom übrigen Deutschland eine schwere Gefahr für das gesamte Deutschland, nicht bloß für den Osten, bedeutet; eine Gefahr, deren Feuer und um so schärfer auf die Fingernägel brennt, je unvorzüglicher die Polen ihre Absicht offenbaren, mit Hilfe des Korridors Ostpreußen so mächtig zu machen, daß ihm nichts weiter übrigbleiben soll, als sich dem politischen Druckschiller auf Gnade und Ungnade in die Arme zu werfen. Das von den Polen erstrebte Ende kann nur verhindert werden, wenn sich die reichsdeutsche Hilfe fortgesetzt in besonders zielbewusster Weise bedingt. Von dieser Erkenntnis ist die Haltung der Reichsregierung geleitet und deshalb verdient sie volle Zustimmung.

Wenn der Reichsrat die Panzerschiff-Rate der Regierungserklärung dem Reichsrat mittelbar gehörig die Leistung, indem sie mit allem Nachdruck die national-politischen und wirtschaftlich-sozialen Gründe hervorhebt, die den Beschluß der Reichsratsmehrheit als abwegig erscheinen lassen. Die Panzerschiffe, so heißt es, bilden nach wie vor das Rückgrat der Verteidigung zur See; ohne sie ist die Abwehr einer Blockade selbst kleiner Seemächte, die Verteidigung der Seehandelswege und der ungeschützten Küstenküden nicht durchzuführen. Auch die Sicherheit Ostpreußens spielt hier

Die Deutschnationalen zur politischen Lage.

Eintreten für die Rechtskoalition.

Rafel, 12. Jan. Auf einer deutschnationalen Versammlung hielt heute der Führer der Deutschnationalen Volkspartei Graf Westarp, eine Rede, in der er ausführte: Unter den Aufgaben des jetzigen Reichstages tritt die Verfassungs- und Verwaltungsreform immer stärker in den Vordergrund. In den letzten Tagen ist unter dem Vorsitz von Dr. Luther der Bund zur Erneuerung des Reiches gegründet worden. Sein Programm bezeichnet die Ziele, über die freilich meist die Einigung leichter als über die Mittel ist, die der Bund weiterer Prüfung vorbehalten. Die Persönlichkeit Dr. Luthers bürgt dafür, daß praktische und zusammenfassende Arbeit mit größter Verlässlichkeit der Tatfachen geleitet werden wird. Wir haben in der Enschließung der Parteivertretung vom 9. Dezember ein konkretes Programm aufgestellt, und das heißt für uns maßgebend. Dem autoritativen Vorgehen der Linken setzen wir den Hinweis auf die eigentliche Ursache entgegen, die wir in der Ueberparlamentarisierung aller öffentlichen Körperschaften und in der Altmacht der Parteimehrheit erblicken. Neben dem Absolutismus der Parteiherrschaft tritt das Verhältnis von Reich und Ländern als Ursache der zu behebenden Mißstände zutage. Die mit vielem Material belegte Erkenntnis, daß der „zentralisierte“ oder „dezentralisierte Einheitsstaat“ die notwendigen und erwarteten Ersparnisse nicht bringen werde, geminnt seit unserer Resolution überall an Boden. Damit ist nicht gesagt, daß die Weimarer Verfassung hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern in hohem Maße reformbedürftig ist. Hierbei steht der Dualismus zwischen Reich und Preußen im Vordergrund, der von Weimar glücklich überwunden, in Weimar jedoch zu neuem Leben entfacht worden ist. Unmittelbar wirksam werdende Abhilfe auf diesen Gebieten tut nur die Erwartung aus, daß die Reichsregierung und die Konferenz der Ministerpräsidenten, die am 18. und 17. d. M. tagt, mit praktischen und konkreten Vorschlägen kommen werden. Entlasten sind zu befehlen. Dazu kommt die Frage, was aus Einzelstaaten werden soll, die ihre Selbständigkeit nicht mehr behaupten können oder wollen.

Mehr durch dauernde Praxis als durch Verkündung von Grundgesetzen

Ist die klare Abgrenzung der Arbeitsgebiete zwischen Reich und Ländern und die Ueberweisung eigener Einnahmeweisen an Länder und Gemeinden zu eigener Verantwortung vorzunehmen. Der Aufgabenkreis der öffentlichen Hand muß wesentlich eingeschränkt werden. Die fortschreitende Ausdehnung wirtschaftlicher und sozialer öffentlicher Tätigkeit entspricht wie die übertriebenen Ausgabenregierungen der Bewilligungsstreudigkeit der allmächtigen Parteien und Parlamenten. Wichtiger als bessere Ordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, da der Bewegung nach dort sonst nicht offen gehalten werden kann. Ferner würde die Nichtinsetzung des ersten Teilbeitrages für den Linienbahnbau die isorische Krise für die deutschen Kriegsschiffswerften und ihr großes Arbeiterbedeutung. Man sollte eigentlich meinen, daß sich im Reichsrat Stimmen finden müßten, die auf diese von der Reichsregierung geltend gemachten schwerwiegenden Gründe gegen die Streichung des Postens von vornherein hinweisen. Es ist geradezu bestreblich, daß die Abhebung einer mit den nationalen und wirtschaftlichen Belangen so eng zusammenhängenden Forderung so lang- und langsam im Reichsrat vor sich gehen konnte. Zum Haushalt des Finanzministeriums wird bemerkt, daß die Reichsregierung sich mit der Streichung einer Anzahl von Ausgaben für Finanzamtsneubauten unter keinen Umständen einverstanden erklären könne. Die Unterbringung der Finanzämter ist zum Teil derart primitiv, daß die Unterfunkräume direkt als gesundheitsgefährlich angesprochen werden müssen. Auch ist es in vielen Fällen nicht möglich, die gesetzliche Bestimmung zu befolgen, wonach die Verhandlungen mit den Steuerpflichtigen zur Wahrung des Steuergeheimnisses in Abwesenheit dritter Personen zu erfolgen haben, weil wegen des Raummangels eine unzulässige Ueberbelegung der einzelnen Räume unvermeidlich ist.

Daß der Konflikt parlamentarischer Parteien nach sich ziehen wird, ist nicht anzunehmen, da die Reichsregierung für ihren Entwurf eine sichere Mehrheit im Reichstage zur Verfügung hat. Dr. Köhler hat mit der im Reichshaushaltentwurf überall durchgeführten rigorosen Sparsamkeit selbst in demokratischen Kreisen Anerkennung gefunden. Man empfindet dort auch Genugtuung darüber, daß der jetzige Reichsfinanzminister mit der früheren Geheimhaltung der sogenannten „Töpfe“ der Finanzverwaltung gebrochen hat. Diese „Töpfe“ sind die Ueberschüsse und Kassensbestände, der Betriebsmittelfonds sowie die Ausgabenreste. Darüber hat Dr. Köhler jetzt zum ersten Male eine genaue Uebersicht gegeben, aus der u. a. hervorgeht, daß als Gesamtkassensbestand des Reiches am 31. März 1928, dem Schlußtermin des laufenden Finanzjahres, noch 522 Millionen, also mehr als eine halbe Milliarde Mark, vorhanden sein werden. Diese eintägige Neuverteilung Dr. Köhlers bedeutet die Erfüllung einer jahrelang vergeblich erhobenen Forderung des Reichstages. Angesichts des festen Bodens, den Dr. Köhler unter den Füßen hat, muß es als völlig ausgeschlossen gelten, daß der Reichsrat den Konflikt auf die Seite treiben und gegen den Reichshaushalt Einspruch erheben könnte, wenn der Entwurf, wie sicher zu erwarten ist, im Sinne der Regierung im Reichstage verabschiedet wird. Auch so aber bleibt der Streikfall bedeutsam als Symptom für die fortschreitende Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Diese für unsere innerpolitische Entwicklung äußerst abträgliche Erscheinung beruht in erster Linie auf dem Reibungsbedürfnis, das die sozialistisch beeinflusste preußische Regierung gegenüber der Reichsregierung im Reiche hat. Da aber Preußen

den ist es, hier den Hebel anzusetzen. Es ist unsere alte Forderung, daß das Finanzgrundgesetz sicherzustellen sei, daß Ausgaben nicht ohne Zustimmung der Regierung und nicht ohne gleichzeitige Fürsorge für die Deckung bewilligt werden. Dazu muß eine

Erweiterung der Befugnisse des Sparkommissars treten. Da auch das Leben der Kommunen politisiert worden ist, haben wir gerade als Partei Anlaß, mit Recht geklagter planloser Ausgabenwirtschaft zahlreicher Gemeinden an Ort und Stelle entgegenzuwirken. Auf dem Gebiete der Sparmaßnahmen müssen wir von der Ministerpräsidentenkonferenz Vorschläge erwarten. Verwaltungsreformen sind Kleinarbeit. Daß die Lösung dieser Aufgaben der jetzigen Koalition besser gelingen kann als einer Verbindung des Zentrums mit der Linken, hat sich in den letzten Tagen deutlich herausgestellt. So hat der Zentrumsgesandte Herr im Preussischen Landtag mit entscheidender Mehrheit gegen den preussischen Ministerpräsidenten die Resolution für den Einheitsstaat mit wirksamem Material bekämpft. In dieser Beziehung stimmen die Auffassungen des nunmehr

auch mit der Preussischen Volkspartei näher verbundenen Zentrums mit denjenigen der Deutschnationalen wesentlich überein. Wobin man sich nicht bewegt, daß die Regierungskoalition ihre Arbeit in aller Ruhe und mit aller Energie erledigen muß, ohne sich von Wahlpropaganda und demagogischem Drängen auf die Wahl irgend wie beirren zu lassen. Wie das Zentrum, sind auch wir der Meinung, daß eine Verabschiedung des vorliegenden Reichshaushaltentwurfes eines christlichen Schulgesetzes zu den dringenden Aufgaben, aber auch zu den Voraussetzungen des Bekandes der Koalition gehört. Wenn, wie manche Kreise hoffen, die französischen Wahlen eine Regierung bringen sollten, die den berechtigten deutschen Ansprüchen auf Räumung und Abrückung geneigter ist als die jetzige, so kommt viel darauf an, daß im Juni nicht Regierungskrise oder unsichere Verhältnisse nach einer Neuwahl herrschen,

Sondern eine verhandlungsfähige Regierung vorhanden ist.

Das kann aber unter den gegebenen Verhältnissen nur die jetzige Regierungskoalition sein. Nach der durchschnittlichen Lebensdauer, die den bisherigen 15 republikanischen Regierungen beschieden gewesen ist, hätte sie bereits längst abtreten müssen. Sie hat erheblich länger ihre Arbeitsfähigkeit bewiesen und ist aufeinander und auf das Verhältnis zur Opposition eingestellt. Sie wird die Auseinandersetzungen mit Frankreich anpacken müssen. Regierung und Regierungsparteien treten ja nicht für eine Verlängerung, sondern nur gegen eine ohne inneren Grund geforderte Verkürzung der gesetzlichen Wahlperiode ein. Wir leisten die Arbeit, die diese Koalition und auferlegt, in dem Bewußtsein, die Pflicht des Tages zu erfüllen, durchdringen davon, daß nicht Wohlgereden oder Wohlthat des einzelnen, sondern Werte und Weltanschauung, Freiheit und Ehre der Volkspersönlichkeit des gesamten deutschen Vaterlandes und seines Staates das letzte Ziel aller Politik sein müssen.